

COPYRIGHT

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwertet werden. Insbesondere darf es nicht ganz oder teilweise oder in Auszügen abgeschrieben oder in sonstiger Weise vervielfältigt werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur mit Genehmigung von Deutschlandradio Kultur benutzt werden.

Deutschlandradio Kultur, Zeitfragen

9. August 2010, 19.30 Uhr

Der Widerspenstigen Zähmung

Kann die Politik die Finanzmärkte kontrollieren?

Von Conrad Lay

Spr. vom Dienst

Der Widerspenstigen Zähmung

Kann die Politik die Finanzmärkte kontrollieren?

Von Conrad Lay

TAKE 1 Brüderle

Aus der Krise lernen wir, wir brauchen eine stärkere Regulierung und Aufsicht. Der internationale Flugverkehr ist streng reguliert, der internationale Finanzverkehr dagegen nicht. Das kann nicht ganz so richtig sein.

Sprecher

Rainer Brüderle, FDP, Bundeswirtschaftsminister im November 2009.

TAKE 2 Ackermann

We should not... ..determination.

darüber:

Wir sollten nicht einfach zum business as usual zurückkehren, und wir werden es auch nicht. Die Banken haben in dieser Richtung große Schritte unternommen, aber ganz klar, wir müssen kräftig und bestimmt mit unseren Bemühungen weitermachen.

Sprecher

Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank im November 2009.

TAKE 3 Distelrat

Den Menschen ist bewusst, dass diese kurzfristige Spekulation die Krise ausgelöst hat, unter der sie jetzt alle leiden, das ist ein ganz klares Votum dafür, endlich an eine Eindämmung der aufgeblasenen Finanzmärkte heranzugehen, da Luft abzulassen und endlich auch an die Krisenursachen zu gehen.

Sprecher

Frauke Distelrat, Pressesprecherin Attac im Dezember 2009.

Sprecherin

Ob Politik, Wirtschaft oder Globalisierungskritiker - am Anfang steht der Schock über die Krise, am Anfang scheinen sich alle einig zu sein: jetzt muss der Finanzsektor kontrolliert werden, jetzt muss die Politik die Banken bändigen. Aber kann die Politik die Banken überhaupt kontrollieren? Und dienen die vorgeschlagenen Instrumente diesem Ziel?

Sprecher

Mit der Zähmung der Widerspenstigen hat sich schon William Shakespeare in seinem bekannten Theaterstück beschäftigt. Wie ist es dem Protagonisten Petrucchio gelungen, seine Katharina zu bändigen? Zunächst, indem er ihr geschmeichelt hat.

TAKE 4

Petrucchio: "Guten Morgen, Käthchen, denn so heißt Ihr, hör ich." - Katharina: "Wer von mir spricht, nennt sonst mich Katharina." - Man sieht, Ihr lügt, man nennt Euch schlechtweg Käthchen, also lustiges Käthchen, auch das böse Käthchen. Erfahre denn, weil alle Welt nur Deine Sanftmut preist, hat mich's bewegt, zur Frau Dich zu begehren." - "Bewegt, nun gut, so bleibt doch in Bewegung und macht, dass Ihr Euch schleunigst heimbewegt, Ihr scheint beweglich." - "So? Was ist beweglich?" - "Ein Klappstuhl." - "Bravo. Also sitz auf mir". - "Die Esel sind zum Tragen, so auch hier." -

"Die Weiber sind zum Tragen, so auch hier." - "Ertragen, meint Ihr, doch nicht Narren wie Euch."

Sprecher

Die Banken "ertragen" oder auf Händen tragen - was ist die richtige Methode zur

„Zähmung“ des Finanzmarktes? Es sind vor allem drei Instrumente, die zur Dis-

kussion stehen: Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, Finanzaktivitätssteuer.

Doch mit den vorgeschlagenen Maßnahmen werden sehr unterschiedliche Ziele verfolgt. Genannt werden:

Sprecherin

1. die Verursacher der Krise in die Haftung nehmen und sie an den finanziellen

Lasten der Krisenbewältigung beteiligen. Das wäre eine Maßnahme, die auf die Vergangenheit bezogen ist.

Sprecher

2. die internationale Finanzspekulation dämpfen, die Märkte entschleunigen. Das

wäre eine Maßnahme, die auf die Gegenwart bezogen ist.

Sprecherin

3. einen Versicherungsfonds aufbauen, um bei einer künftigen Krise gewappnet zu

sein. Das wäre eine Maßnahme, die auf die Zukunft bezogen ist.

Sprecher

Mitte Januar 2010 prescht US-Präsident Barack Obama vor.

TAKE 5 Obama

We want our money back and we wanna get it.

Übersetzer

Wir wollen unser Geld zurück und wir werden es kriegen.

TAKE 6 Obama

My commitment is to recover every single dime the American people are own.

Übersetzer

Ich will jeden einzelnen Cent wiederholen, der den Amerikanern gehört.

Sprecher

Zu diesem Zweck will die US-Regierung eine Bankenabgabe einführen, mit der in den nächsten zehn Jahren 90 Milliarden US-Dollar aufgebracht werden sollen, um damit die Verluste aus dem amerikanischen Bankenrettungsprogramm zu decken.

Obama versteht seinen Vorstoß als Kampfansage an die Finanzlobby:

TAKE 7 Obama

If these folks want a fight, it's a fight I'am ready to have.

Übersetzer

Wenn diese Leute den Kampf wollen, dann bin ich bereit dazu.

Sprecherin

Von der Finanz- und Bankenlobby wird die Kampfansage durchaus zur Kenntnis genommen. Beim Weltwirtschaftsforum in Davos Ende Januar 2010 kritisiert Josef

Ackermann die Bankenschele Obamas mit den Worten:

TAKE 8 Ackermann

We don't think... . . . more stabile darüber

Wir glauben nicht, dass es besonders klug ist, jetzt mit neuen Vorschlägen, neuen Regeln zu kommen, weil das nur zur allgemeinen Verunsicherung beiträgt und den Prozess zur Stabilisierung des Finanzwesens verlangsamt.

Sprecherin

Nochmals: laut Ackermann würden neue Regeln "nur zur allgemeinen Verunsicherung" beitragen, ja sie würden sogar der "Stabilisierung des Finanzwesens" entgegenstehen. Klarer kann man wohl kaum Lobbyinteressen der Banken formulieren. Ackermann versteht es, sich das eine Mal brüsk, das andere Mal ganz geschmeidig zu zeigen. Zum Abschluss des Weltwirtschaftsforums gibt er sich nahezu gezähmt: er stehe einer globalen Bankenabgabe, mit der ein Versicherungsfonds für künftige Krisenfälle gespeist werden könnte, durchaus positiv gegenüber.

Sprecher

Dass ein Banker von sich aus und freiwillig eine Bankenabgabe gut heißt, mag widersprüchlich klingen. Es ist, als ob Ackermann von Shakespeares Katharina gelernt hätte, wie man sich mal kratzbürstig, mal unterwürfig zeigt, Hauptsache, man setzt seine Interessen durch.

TAKE 9 Shakespeare

Petruccio: "Ich hörte, Du seiest rau und spröd und wild, und sehe nun, dass Dich der Ruf verleumdet. Lass Deinen Gang Dich sehen. Nein, Du hinkst nicht." - Katharina: "Geh Narr, befiehlt den Leuten, die Du zahlst." - "Hat je Diana so den Wald geschmückt, wie Kätchens königlicher Gang das Zimmer." - Wo habt Ihr die gelehrte Rede erlernt?" - "Ist nur ex tempore. Mein Mutterwitz." - "Oh, witzige Mutter ohne witzigen Sohn."

Sprecherin

Immerhin sind feine Unterschiede zu bemerken: während Obamas Bankenabgabe darauf aus ist, die Banken für die vergangene Krise bluten zu lassen, möchte Ackermann künftige Krisen absichern.

Sprecher

Auch in Berlin vernimmt man die kämpferischen Töne Obamas. Auf einer Klausurtagung beschließt die CDU ihre "Berliner Erklärung". Darin heißt es:

Übersetzer

Wir setzen uns für eine internationale Finanztransaktionssteuer ein. Eine solche weltweit eingeführte Steuer kann überbordende Spekulationen dämpfen und einen Beitrag leisten, die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung in fairer Weise zu tragen.

Sprecher

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fühlt sich gestärkt. Es sammelt in wenigen Monaten 200.000 Unterschriften zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Frauke Distelrath, Attac-Pressesprecherin:

TAKE 10 Distelrath

Wir versprechen uns von diesem großen Erfolg, dass damit der Druck auf die Politik, auf die Bundesregierung endlich groß genug ist, dass sie sich, wie Bundeskanzlerin Merkel immer angekündigt hat, wirklich für die Finanztransaktionssteuer stark macht, innerhalb der EU.

Sprecher

In der Tat stehen die Chancen für eine Finanztransaktionssteuer Anfang des Jahres nicht schlecht. Neben Angela Merkel haben sich auch Frankreichs Premier Nicolas Sarkozy, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie der britische Premier George Brown dafür eingesetzt, der allerdings kurze Zeit später abgewählt wird.

Sprecherin

Der politische Druck, den Finanzmarkt zu regulieren ist, ist groß, aber noch ist nicht klar, welche Instrumente auf nationaler und internationaler Ebene effektiv durch-

gesetzt werden. Bereits sind skeptische Stimmen zu hören, so etwa Joseph Stiglitz, amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger:

TAKE 11 Stiglitz

I am not... ..at all.

darüber

Ich bin nicht überzeugt, dass sich etwas ändert. Die Banken nutzen ihren politischen Einfluss, sie arbeiten, z.B. in den USA an den Kongressmitgliedern, nein, es wird sich nichts Grundlegendes ändern.

Sprecher

Ende März beschließt die Bundesregierung Eckpunkte zur Stabilisierung des Finanzmarktes. Angela Merkel befürwortet nun nicht mehr eine Finanztransaktionssteuer, sondern eine Bankenabgabe; sie soll einen Sonderfonds füllen, der von der Finanzmarktstabilisierungsanstalt Soffin verwaltet werden soll. In den Fonds sollen alle Banken einzahlen; die Höhe der Abgabe soll sich nach dem Risiko der Finanzgeschäfte richten, also nach der Größe der Bank, ihrer Systemrelevanz sowie ihrer Vernetzung im Finanzmarkt. Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion:

TAKE 12 Kauder

Es wird eine Bankenabgabe geben, die Größenordnung kann man noch nicht viel sagen, aber es wird so sein, dass die Banken mit einem höheren systemischen Risiko, die also eigene Verbriefungen haben, die Handel treiben, dass die mehr zur Kasse gebeten werden, als beispielsweise Volksbanken und Sparkassen, die ja für die systemischen Risiken nicht verantwortlich sind.

Sprecher

Vergleicht man die Bankenabgabe Obamas mit dem Vorschlag der Bundesregierung, dann fällt auf, dass ein und dasselbe Instrument, nämlich eine Bankenabgabe, nicht unbedingt immer für das gleiche Ziel steht. Obama will eine Bankenabgabe, um sich

das Geld für die Rettung des Finanzsektors zurückzuholen. Die Bundesregierung möchte eine Bankenabgabe, um im Voraus finanzielle Ressourcen für eine künftige Krise zur Verfügung zu haben.

Sprecherin

Warum aber stimmen die Privatbanken der Bankenabgabe zu? Ist sie für die Banken - wie bei Shakespeare - Ausdruck einer "klugen Unterwürfigkeit", die ihnen härtere Eingriffe ins Geschäft erspart? Shakespeares Katharina jedenfalls lobt ihren Herrn und Gebieter so überschwänglich, dass es schon wieder verdächtig ist:

TAKE 13 Shakespeare

Dein Gatte ist Dein Herr, ist Dein Erhalter,
Dein Licht, Dein Haupt, Dein Fürst. Er sorgt für Dich
und Deinen Unterhalt, gibt seinen Leib
mühseliger Arbeit preis zu Land und Meer,
und fordert dafür keinen ander'n Lohn
als Liebe, frohe Blicke und Gehorsam,
zu kleine Zahlung für so große Schuld.

Sprecher

Die "kleine Zahlung" einer Bankenabgabe kommentiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung so:

Übersetzer

Die Abgabe kann bessere staatliche Regulierung der Finanzgeschäfte nicht ersetzen. Für die Banken ist die Abgabe das kleinere Übel, das ihnen härte Eingriffe ins Geschäft erspart. Kein Wunder, dass sich ihre Kritik in engen Grenzen hält.

Sprecher

Selbstverständlich wird die "kleine Zahlung" von der politischen Opposition kritisiert. Joachim Poss, Finanzexperte der SPD:

TAKE 14 Poss

Es ist eine Mogelpackung. Weil das Volumen überhaupt nicht ausreichend ist. Wenn man Geld hat für Boni, kann man auch mehr Geld für die Mitfinanzierung der Kosten der Krise aufbringen.

Sprecher

Ähnlich argumentiert Jürgen Trittin, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Bundestag:

TAKE 15 Trittin

Allein die Rettung der Commerzbank hat uns 18 Milliarden gekostet, bloß die erste Tranche zur Rettung der Hypo Real Estate 35 Milliarden. Also, wenn man das Aufkommen dieser Bankenabgabe hochrechnet, darf es die nächsten 50 Jahre keine Bankenkrise geben, sonst muss wieder der Steuerzahler einspringen.

Sprecher

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble rechnet mit jährlichen Einnahmen von etwa eins bis 1,2 Milliarden Euro durch die Bankenabgabe. Auf die Kritik, dass das zu wenig sei, entgegnet er:

TAKE 16 Schäuble

Also am besten leisten wir uns solche Krisen überhaupt nicht mehr, dafür arbeiten wir ja auch, dass wir das vermeiden für die Zukunft.

Sprecher

Verfolgt man wirklich das Ziel, einer künftigen Krise vorzubeugen, wie hoch müsste dann der Fonds sein, der prophylaktisch anzulegen wäre? Oder wäre eine solche Summe gar nicht zu schultern, also eine Bankenabgabe ein untaugliches Mittel, das nur so tut, die Widerspenstigen zu zähmen?

Musik

Sprecherin

Eine effektive Bankenabgabe mildert zwar den Zorn der Menschen auf eine Finanzwirtschaft, die ihnen die Krise eingebrockt hat, würde aber diese längerfristig destabilisieren. Darauf weist Stephan Schulmeister hin, Ökonom am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien. Er fürchtet, mit der Bankenabgabe würde "das falsche Schwein geschlachtet", denn mit der Bankenabgabe würden nicht spezifisch spekulative Aktivitäten belastet, sondern das allgemeine Bankgeschäft:

TAKE 17 Schulmeister

Ein zweiter Punkt, der mir besonders wichtig ist, besteht darin, dass hier die Politiker einem gewissen Populismus gefolgt sind, so als wären die Banken schlechthin irgendwie böse und müssten jetzt belastet werden. Banken sind von unglaublicher Wichtigkeit für eine kapitalistische Marktwirtschaft. Nicht die Banken an sich sind zu kritisieren, sondern bestimmte Aktivitäten bestimmter Banken. Also es würde sich lohnen, wenn eine Vielzahl von Aktivitäten der Deutschen Bank kritisch überprüft würde und eventuell auch durch eine Transaktionssteuer belastet würde, ich kann aber nicht einsehen, warum örtliche Volksbanken, Sparkassen, die den Mittelstand finanzieren, mit Investitionskrediten, auch zur Kasse gebeten werden sollen. Hier liegt ein grobes Missverständnis vor.

Sprecherin

Während etwa der Bundesverband der Deutschen Industrie eine Bankenabgabe grundsätzlich für besser geeignet hält als eine Finanztransaktionssteuer und auch auf internationaler Ebene eine Bankenabgabe als ein probates Mittel gilt, eine Transaktionssteuer zu umgehen, zieht Stephan Schulmeister exakt die umgekehrte Konsequenz.

Sprecher

Der österreichische Ökonom geht davon aus, dass die Instabilität des Finanzmarktes mit seiner Expansion in den letzten 30 Jahren enorm zugenommen hat: das Volumen der weltweiten Finanztransaktionen ist 74 Mal höher als die Wirtschaftsproduktion der gesamten Welt. Die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft abgekoppelt.

Sprecherin

Diese Aufblähung des Finanzsektors, die mit einer enormen Beschleunigung des Handels einhergeht, ist auf die Dominanz kurzfristig-spekulativer Transaktionen zurückzuführen. Stefan Schulmeister:

TAKE 18 Schulmeister

Die kurzfristigen Transaktionen, d.h. Aktivitäten auf dem Finanzmarkt, wo jemand z.B. um neun Uhr zehn Millionen Dollar kauft im Devisenhandel, um sie schon wenige Minuten später wieder zu verkaufen. Diese ganz kurzfristigen Transaktionen versuchen, schubartige Bewegungen auf allen diesen Märkten - seien es Bewegungen am Devisenmarkt oder am Aktienmarkt - profitabel auszunützen.

Sprecher

Aufgrund eines Übermaßes an Liquidität sind die Finanzmärkte insgesamt instabil geworden. Technische Systeme verstärken diese Muster. Je besser die Spekulationssoftware wird, desto schneller kann spekuliert werden, desto mehr expandiert der sogenannte "technische Handel", bei dem Kaufsignale automatisch ausgelöst werden. Eine Finanztransaktionssteuer, also eine Steuer auf grundsätzlich alle Finanzprodukte, würde auf die Fortschritte der Spekulationssoftware mit den gleichen Methoden antworten. Sie könnte - so Stephan Schulmeister - zur Stabilisierung des Marktes beitragen und die Gefahren, die vom automatisierten Handel ausgehen begrenzen. Die Transaktionssteuer wäre demnach eine Antwort auf Augenhöhe:

TAKE 19 Schulmeister

Wenn ihr schon alle Transaktionen elektronisch erfasst, wenn ihr schon durch elektronische Spielsysteme, wo es auf Millisekunden ankommt, immer mehr Geld aus Geld machen wollt, dann verwenden wir genau diese Systeme, um auch dem Gemeinwesen, dem Staat einen gewissen Beitrag zukommen zu lassen.

Sprecher

Schulmeister, der als einer der bestinformierten Kenner der Finanztransaktionssteuer gilt, nimmt an, dass bereits ein Steuersatz von 0,05 Prozent ausreichen würde, um

die Hälfte der Spekulationen unrentabel zu machen. Der sehr geringe Steuersatz würde einerseits dazu führen, dass die Realwirtschaft so gut wie nicht belastet wird, andererseits aber die unerwünschte, kurzfristige Spekulation treffen.

TAKE 20 Schulmeister

Wenn Sie jetzt im Ausmaß von 10.000 Euro Aktien kaufen, einmalig, weil sie Aktien haben wollen, dann zahlen sie dafür 2,50 Euro, weil als Käufer zahlen sie nur die Hälfte von diesen 0,05 Prozent. Also praktisch einen verschwindend kleinen Betrag. Wenn Sie ein professioneller Spekulant sind, der am Tag 500 Millionen Dollar an Vermögenswerten 30 Mal hin und her schiebt, also verkauft, kauft, verkauft, kauft, dann werden jedes Mal die 0,05 Prozent bzw. 0,025 Prozent fällig, und das summiert sich natürlich dann auf.

Sprecher

Was die Transaktionen zudem gefährlich macht, ist die sogenannte Hebelwirkung, auch "leverage" genannt, wonach auf wenig Eigenkapital sehr viel Fremdkapital eingesetzt wird. Eine Transaktionssteuer, eine Umsatzsteuer für den Finanzsektor, würde allerdings auf den gesamten Umsatz fällig, wäre also deutlich spürbar. Wer z.B. Öl für 100.000 Euro einkauft und nur 10.000 Euro als Eigenkapital einsetzt, müsste eine Steuer auf die gesamte Summe zahlen, und das wäre für einen Spekulanten eine spürbare Verteuerung.

Sprecherin

Technisch wäre eine Finanztransaktionssteuer leicht umzusetzen, denn alle Transaktionen sind computermäßig erfasst und würden entsprechend elektronisch abgebucht. Stephan Schulmeister schätzt, dass eine Transaktionssteuer von 0,05 Prozent in Deutschland einen steuerlichen Jahresbetrag von 28 Milliarden Euro erbringen würde, also ein Vielfaches der diskutierten Bankenabgabe von 1,2 Milliarden Euro.

Sprecher

Mitte April nimmt auch der Internationale Währungsfonds zu der Debatte Stellung. Er erkennt zwar an, dass eine Transaktionssteuer ein hohes Steueraufkommen bringen und die Spekulation eindämmen könnte, lehnt sie aber trotzdem ab. Denn, so die Begründung, die Transaktionssteuer wäre eine dauerhafte Maßnahme, der IWF habe aber nur das Mandat, Vorschläge für eine Beteiligung der Banken an den Kosten der gegenwärtigen Krise zu machen. Stattdessen schlägt der IWF eine erweiterte Bankenabgabe vor, eine sogenannte "Finanzaktivitätssteuer", die auch Gewinne und Boni der Banker erfassen soll. Stephan Schulmeister sieht darin eher ein Entgegenkommen gegenüber populistischen Strömungen:

TAKE 21 Schulmeister

Das ist irgendwie ein Mittelding, wobei die populistische Komponente besonders stark ist. Dabei geht es darum, dass man übermäßige Gehälter oder Bonuszahlungen als Basis für eine zusätzliche Steuer nimmt. Nun bin ich persönlich kein Freund davon, dass Menschen zehn, 20 oder 50 Millionen Euro im Jahr verdienen, dennoch verkennt es das Problem. Die Finanzkrise ist nicht deshalb entstanden, weil gierige Banker sich zu hohe Bonuszahlungen haben zukommen lassen. Das ist eine Art Nebenerscheinung. Dass Menschen gierig sind, insbesondere vielleicht auch Banker, das hat es immer gegeben. Wir müssen uns überlegen, wie wir das System, die Spielanordnung, die Anreize so verändern, dass es sich mehr lohnt für Bankmanager, Banken wieder zum Diener der Realwirtschaft zu machen, zu einem Serviceunternehmen, das unendlich wichtig ist, aber letztlich doch eine dienende Funktion hat gegenüber der Realwirtschaft, letztlich soll es das Sparen der privaten Haushalte möglichst gut anlegen, aber bitte sehr in der Realwirtschaft, durch eine Sonderbehandlung von Bonuszahlungen kann ich das nicht spezifisch eindämmen.

Sprecherin

Kanzlerin Angela Merkel wendet sich weiterhin gegen eine Transaktionssteuer, so

Mitte Mai auf dem DBG-Kongress:

TAKE 22 Merkel

Also ich mach' jetzt folgenden Vorschlag: Michael Sommer fährt ja demnächst wieder zu den internationalen Gewerkschaftstagungen und wenn dann die G20-Gewerkschaften gemeinsam die jeweiligen Staats- und Regierungschefs dazu bringen, einhellig eine Finanzmarkttransaktionssteuer zu fordern, dann werde ich mich dem nicht entgegenstellen.

Sprecher

Doch der Druck wird stärker, innerhalb weniger Tage ändert Bundeskanzlerin Merkel wiederum ihre Meinung. Vorausgegangen waren heftige Diskussionen über die Griechenland-Hilfe. Zum zweiten Mal stand zu befürchten, dass der Steuerzahler für die Spekulanten zahlen sollte, die diesmal gegen den Euro und gegen Griechenland spekuliert hatten. Um des Volkes Zorn zu bändigen, schwenkt man im Regierungslager um.

Sprecherin

Auch der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer setzt sich jetzt für eine Transaktionssteuer ein - aber mit was für einer Begründung!

TAKE 23 Seehofer

Ja, ohne wenn und aber, denn wir müssen diese Branche, diese Finanzbranche insgesamt, der wir ja zum großen Teil diese Wirtschafts- und Finanzkrise leider zu verdanken haben, bei der Bewältigung der Kosten auch heranziehen, das ist meine feste Überzeugung.

Sprecherin

Als ob mit der Transaktionssteuer Geld von den Banken zurückgeholt werden sollte!! Seehofer verwechselt die Transaktionssteuer mit Obamas Bankenabgabe. Immerhin wird an solchen Äußerungen deutlich, wie sehr die Debatte von Populismus bestimmt wird. Prof. Thomas Heidorn von der Frankfurt School of Finance kann sich diese Haltung durchaus erklären:

TAKE 24 Heidorn

Momentan ist es mehr eine Hasskampagne, klar, es ist einzusehen, warum soll der Bürger für einen Sektor bezahlen, in dem überdurchschnittlich hohe Löhne bezahlt werden, die sich durch hohe Gewinne auszeichnen, da ist es leicht zu kommunizieren, dass die dafür bluten müssen.

Sprecher

Doch die Regierungskoalition bewegt sich. Selbst die FDP, bislang die striktesten Gegnerin einer Finanztransaktionssteuer, kann sich mit ihr anfreunden. Am gleichen Tag, an dem FDP-Generalsekretär Christian Lindner die Besteuerung von Finanzgeschäften als "reine Blendgranate" bezeichnet, rückt Birgit Homburger, Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, im Rahmen eines neuen Koalitionskonsenses davon ab:

TAKE 25 Homburger

Wir sind der Auffassung, dass der Finanzmarktsektor an den Kosten der Krise beteiligt werden soll.

Sprecher

Und sie fügt hinzu:

TAKE 26 Homburger

Das kann eine Finanzmarktaktivitätssteuer sein, das kann aber auch eine Finanzmarkttransaktionssteuer sein, das ist die Formulierung, die wir gefunden haben.

Sprecherin

Die Regierung legt sich also zunächst nicht fest, will aber international für eine Finanztransaktionssteuer werben. Bereits bei der Vorbereitung des G20-Gipfels Ende Juni in Toronto zeigt sich, dass Gastgeber Kanada von einer international abgestimmten Regulierung des Finanzsektors nichts hält.

Sprecher

Weder Bankenabgabe noch Transaktionssteuer habe Kanada notwendig, so Tiff Macklem, der kanadische Finanzstaatssekretär. Kanada ist selbst nur wenig von der Finanzkrise betroffen, weil das Land schon zuvor die Banken sehr strikt kontrolliert hatte.

Sprecherin

Der internationalen Finanzlobby kommt die kanadische Haltung zupass. Josef Ackermann, zugleich Vorsitzender des Internationalen Bankenverbandes, droht damit, bei verschärften Finanzregeln könnten zehn Millionen Arbeitsplätze verloren gehen. Finanzminister Schäuble bereitet die Öffentlichkeit bereits darauf vor, dass eine internationale Regulierung nicht beschlossen werde: Viele Banken machten wieder Milliarden Gewinne, nicht zuletzt dank staatlicher Rettungsmaßnahmen, so gesteht Schäuble ein, die Finanzlobby stelle die Notwendigkeit von Finanzmarkt-Reformen in Frage. Entsprechend sieht Thomas Heidorn von der Frankfurt School of Finance keine Notwendigkeit der Regulierung, sondern nur einer besseren Bankenaufsicht:

TAKE 27 Heidorn

Für mich ist das in weiten Zügen ein völliges Versagen der Aufsicht. Es ist nicht eine Frage der entsprechenden Regulierung, sondern die Frage, welche Möglichkeiten hat eine Aufsicht, rechtzeitig auf Missstände hinzuweisen, und welche Fähigkeiten hat eine Aufsicht, auf diese Dinge rechtzeitig zu kommen.

Sprecher

Ende Juni dann der G20-Gipfel in Toronto, auf den seit Monaten alle Erwartungen gerichtet sind. Kann die Politik die Finanzmärkte kontrollieren? Bundeskanzlerin Merkel legt sich vor dem Gipfel darauf fest, eine internationale Finanztransaktionssteuer zu verfechten. Mindestens aber eine Bankenabgabe als kleinster gemeinsamer Nenner müsse her, so Merkel:

TAKE 28 Merkel

Ansonsten, so ist es zumindest in Deutschland, werden die Menschen an uns zweifeln, wenn wir uns zwar entscheiden, wir brauchen eigentlich eine Bankenabgabe. Nur wenn es dann wieder drei Länder gibt, die sagen, aber wir sind davon nicht betroffen, dann ist das extrem frustrierend und kann uns letztlich nicht voranbringen.

Musik

Sprecher

Kann die Kanzlerin die Banken zähmen? Oder wird sie selbst gezähmt? Vielleicht von Barack Obama? Shakespeares Katharina jedenfalls gibt sich am Ende reumütig:

TAKE 29 Shakespeare

Weshalb ist unser Leib zart, sanft und weich,
kraftlos für Müh' und Ungemach der Welt,
als dass ein weiches Herz ein sanft Gemüte
als zarter Gast die zarte Wohnung hüte?
Jetzt seh ichs, unsere Lanzen sind nur Stroh,
so schwach wie wir, schwach wie ein hilflos Kind.

Sprecher

Werden die Lanzen der Kanzlerin zerbrechlich wie Stroh sein? Das Terrain ist zerklüftet: nicht nur Kanada und mehrere Schwellenländer wenden sich gegen eine internationale Regulierung der Finanzmärkte. Auch US-Präsident Barack Obama lenkt die Aufmerksamkeit auf ein anderes Gleis: Nachdem er zuhause in Washington die Finanzmarktreform durch einen Kompromiss gerettet hat, drängt er nun darauf, die Wirtschaft mit neuen Schulden ankurbeln.

TAKE 30

Obama We need an acted concert... ...linked.

Übersetzer

Wir müssen gemeinsam vorgehen, denn diese Krise zeigt doch, wie sehr unsere Wirtschaften voneinander abhängen.

Sprecher

Mit Obamas Eingreifen verschiebt sich die Diskussion von der Finanzmarktregulierung auf die Staatsverschuldung. Eine Regulierung des Finanzmarktes kommt

nicht zustande. Prof. Peter Bofinger, einer der fünf Wirtschaftsweisen, macht aus seiner Enttäuschung keinen Hehl:

TAKE 31 Bofinger

In politischer Hinsicht ist das ein Armutszeugnis, weil es fast drei Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise nicht gelungen ist, wirklich verbindliche Beschlüsse zu fassen, es wird wieder mal vertagt.

Sprecherin

Angela Merkel umschreibt den Misserfolg der internationalen Verhandlungen so:

TAKE 32 Merkel

Also ich glaube, dass jeder dieser Gipfel doch Erfolge hat und Punkte, an denen wir noch nicht einer Meinung sind. Ich bin jetzt erst einmal froh, dass wir Klarheit haben. Dass es keine globale Finanzmarkttransaktionssteuer geben wird, bei der Bankenabgabe gibt es mehr Länder, die so etwas befürworten, aber damit haben wir Klarheit und können innerhalb der Europäischen Union dann miteinander besprechen, was wir tun können, oder gegebenenfalls sogar im Euro-Raum. Das wird im Herbst stattfinden, und diese Diskussion werden wir dann miteinander führen.

Sprecherin

Frankreichs Premier Nicolas Sarkozy bestätigt, in diesen Anstrengungen sei er sich mit Merkel und dem britischen Premierminister David Cameron einig. Auf letzteren, genauer gesagt: auf den Finanzplatz London, kommt es besonders an. Denn wenn die Finanzmärkte ausschließlich in Deutschland, Frankreich und den anderen Ländern der Euro-Zone besteuert würden, würden in der Londoner City die Sektorkorken knallen. Die Regulierung wäre ins Leere gelaufen.

Sprecher

Zu guter Letzt knickt auch Barack Obama noch ein. Um seine Finanzmarktreform sicher durch den Senat zu bringen, kommt er den oppositionellen Republikanern entgegen und verzichtet auf die zuvor so kämpferisch angekündigte Bankenabgabe.

Musik

Effekt: Gong (aus dem Archiv)

Übersetzer

Meine Damen und Herren, das Schauspiel "Der Widerspenstigen Zähmung" fällt leider aus. Wir bedauern die enttäuschten Erwartungen und verweisen Sie auf den Spielplan der nächsten Saison.

Spr. vom Dienst

Der Widerspenstigen Zähmung

Kann die Politik die Finanzmärkte kontrollieren?

Von Conrad Lay

Es sprachen: Ulrike Stürzbecher, Udo Schenk und Gerd Grasse

Ton: Inge Görgner

Regie: Stefanie Lazai

Redaktion: Stephan Pape

Produktion: Deutschlandradio Kultur 2010